

## Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Donnerstag, 13. Dezember 1990, Vormittag  
Jeudi 13 décembre 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bremi

### Ordnungsantrag Wiederkehr

In der Sondersession vom 21. bis 24. Januar 1991 sind vor allem persönliche Vorstösse zum Schutze unserer Umwelt im weiteren Sinne zu behandeln. Dazu gehören auch entsprechende Vorstösse zur Energie-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Gesundheitspolitik.

### Motion d'ordre Wiederkehr

Il y aura surtout lieu de traiter à la session spéciale du 21 au 24 janvier 1991 les interventions personnelles relatives à la protection de l'environnement au sens large du terme, c'est-à-dire y compris celles qui ont trait à la politique énergétique et des transports, à l'agriculture et à la santé publique.

**Wiederkehr:** Ich beantrage Ihnen nicht, eine Sondersession einzuberufen. Ich beantrage Ihnen lediglich, sich in der Sondersession vom Januar mit einem besonders vernetzten Thema zu beschäftigen, nämlich mit der Umwelt im weiteren Sinne. Warum?

Anlass dazu ist mehr als genug gegeben. Die globalen Klimaprobleme erfordern ein rasches Handeln. Die Annäherung an die EG fordert eine klare Definition unseres ökologischen Selbstverständnisses. Die Gatt-Verhandlungen und die vielen Probleme, die wir in der Landwirtschaft jetzt haben, zwingen zu wichtigen ökologischen Weichenstellungen. Die Probleme beim Vollzug der Luftreinhalte-Verordnung erfordern Diskussionen hier im Parlament. Und schlussendlich: Die Bäume sind kränker denn je, nur redet man jetzt nicht mehr darüber. Für drei Viertel aller Schweizerinnen und Schweizer haben die Umweltprobleme, das zeigen alle Umfragen, oberste Priorität. Weil unser Land im nächsten Jahr Geburtstag hat, wäre das Anlass genug, den Blick nach vorne zu richten, sich zu fragen, wie die Lebensqualität der kommenden Generationen aussieht.

Die Sondersession bedarf für die Themen Umwelt, Gesundheit, Energie und Umwelt im weiteren Sinne auch keiner grossen Vorbereitungen. Rund hundert parlamentarische Vorstösse figurieren auf der Pendenzenliste, alles sind behandlungsfähig, d. h. vom Bundesrat bereits beurteilte Vorstösse. Sie sind eine Art von Früherkennung, eine Art Frühwarnsystem, denn viele brennende Probleme, die wir heute als Feuerwehr bekämpfen müssen, hätten vor Jahren als kleines Feuerchen gelöscht, gelöst werden können, wenn die Warnsignale ernst genommen worden wären. Nehmen Sie als Beispiele die Sondermüllprobleme, die Abfallproblematik generell, den Oekobonus, der noch vor wenigen Jahren nicht salonfähig war, aber jetzt doch salonwürdig wird, nehmen Sie die Lenkungsabgaben, ebenfalls jahrelang verfehlt, und nehmen Sie die Raumordnungsfragen. Wir haben heute an der Raumordnung so schwer zu kauen, weil die richtige Zeit zum Handeln verpasst worden ist, weil die Frühwarnungen in den Wind geschlagen worden sind, immer wieder. Sogar für die Januarsession war der Raumordnungsbericht auf der Traktandenliste. Er wurde gestrichen, denn mit dem Abbruch der Revision des Raumplanungsgesetzes ist die Hilflosigkeit so gross geworden, dass man das Gefühl hatte, es könnte im Rat stundenlange Diskussionen über diesen Raumordnungsbericht geben. Das wollte man nicht. Aber wieso sollen wir in diesem Rat nicht diskutieren, wenn die Schweiz den Boden unter den Füßen verliert? Wir schieben die Probleme ständig vor uns her, statt sie einer Lösung zuzuführen. Letzten Endes wachsen sie uns über den Kopf.

Wir haben mit der Parlamentsreform ein neues Reglement angenommen. Dieses sieht vor, dass an jedem zweiten und dritten Montag einer Session nach der Fragestunde persönliche Vorstösse behandelt werden müssen. In der Septembersession hat man das an einem dieser beiden Montage gemacht, am anderen nicht. In dieser Session hat man es an keinem dieser beiden Montage gemacht. Wie wollen Sie überhaupt die persönlichen Vorstösse, die Sie einreichen – 500 sind es, die im Moment auf Behandlung warten –, behandeln, wenn Sie genau wissen, man schiebt sie zwei Jahre vor sich her und lässt sie nachher ausser Abschied und Traktanden fallen? Das heisst nichts anderes, als dass die persönlichen Vorstösse unseres Rates zur Farce verkommen. Der einzige Trost ist, dass man sie nach zwei Jahren wieder einreichen kann. Die Probleme werden damit aber nicht gelöst. Wir wissen heute, dass die Probleme mit den Jahren immer grösser werden. Würde man sie im Früherkennungssystem der persönlichen Vorstösse angehen, könnte man sie früher und mit viel weniger Kosten und Diskussionen lösen.

Machen Sie dem ein Ende, indem Sie einen Anfang setzen – mit der Behandlung der 100 bis 120 Vorstösse aus dem Bereiche Umwelt in der Januarsession 1991! Meinen Erkundigungen gemäss werden wenigstens die Bundesräte Delamuraz, Ogi und Cotti während der Sondersession teilweise anwesend sein. Sie sind von diesen Vorstössen betroffen. Wir werden die Vorstösse also behandeln können.

**Präsident:** Sie haben von der Fraktionspräsidentenkonferenz ein Programm für die Sondersession erhalten. Ich darf darauf hinweisen, dass wir versuchen werden, noch einige Differenzen zu behandeln, wenn möglich auch die Differenz im Radio- und Fernsehgesetz und einige Geschäfte der Kategorie V.

**Frau Mauch Ursula:** Es stimmt zwar alles, was Herr Wiederkehr gesagt hat. Wir sind in einem Dilemma. Es stimmt auch, dass wir im neuen Reglement vorgesehen haben, jeweils am zweiten und dritten Montag persönliche Vorstösse zu behandeln. Diese Vorschrift haben wir uns zwar selber gegeben, aber wir müssen auch zugeben, dass wir es bis jetzt kaum geschafft haben, diesem Reglement so nachzuleben, wie das eigentlich sein sollte – u. a. eben deshalb, weil wir praktisch in jeder Session zusätzlich dringliche Interpellationen zu traktandieren haben. Für die Sondersession sind, wie Sie aus dem Programm ersehen können, grosse Geschäfte vorgesehen. Wir haben nur 32 Stunden zur Verfügung, wenn wir nur bis Donnerstag tagen, und da liegt es einfach nicht drin, dass wir einen guten Teil dieser Sondersession persönlichen Vorstössen widmen. Wir bedauern, dass die wichtigen Vorstösse in diesen Bereichen kaum je zur Diskussion kommen. Wir müssen aber unter allen Umständen, vor allem auch im letzten Jahr vor Schluss der Legislatur, Wichtigeres von ein bisschen weniger Wichtigem unterscheiden können.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionspräsidentenkonferenz, dem Programm, so wie es vorliegt, mit den zusätzlichen Ergänzungen, z. B. zum Radio- und Fernsehgesetz, zuzustimmen und den Ordnungsantrag Wiederkehr abzulehnen.

**M. Darbellay:** La Conférence des présidents de groupe vous invite instamment à refuser la motion d'ordre Wiederkehr. Nous tiendrons une session spéciale au mois de janvier, et nous pensons devoir y faire figurer à l'ordre du jour quelques objets importants dont le droit foncier rural, les Ecoles polytechniques fédérales, l'aide aux victimes d'infractions.

Si nous acceptons la motion d'ordre Wiederkehr, 120 interventions personnelles devraient être traitées. Cela prendrait un temps considérable et nous ne pourrions alors examiner les autres objets qui doivent l'être avant la fin de la présente législature. Il est vrai qu'en ce qui concerne les interventions personnelles nous avons du retard. En effet, les lundis de ces deux dernières sessions, nous n'avons pas pu suivre le règlement qui veut que ces jours-là soient essentiellement consacrés au traitement des interventions personnelles. Mais la Conférence des présidents de groupe est décidée à organiser désormais les programmes selon le règlement.

Il est important, aujourd'hui, que nous avançons dans nos projets. Je vous invite par conséquent à refuser cette motion d'ordre.

**Frau Bär:** Die grüne Fraktion lehnt den Ordnungsantrag von Herrn Wiederkehr ab. Nicht, weil wir den ökologischen Problemen plötzlich einen geringeren Stellenwert beimessen würden. Hier besteht tatsächlich ein grosser Handlungsbedarf. Aber im Moment ist der Handlungsbedarf nicht beim Parlament. Wir orten ihn eindeutig beim Bundesrat. Dort sind die Leitungen verstopft, dort ist Handeln gefragt – und nicht Reden im Rat –: Stichwort Luftreinhalte-Verordnung, Stichwort Klimakatastrophe. Zudem sind sehr dringliche Gesetzesvorlagen auf der Pendenzenliste, die noch in dieser Legislatur bereinigt werden sollten und die auch mit Ökologie zu tun haben. Ich denke an das Waldgesetz, ich denke an das bäuerliche Bodenrecht.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Ordnungsantrag abzulehnen.

**Ruckstuhl:** Oekologie- und Umweltfragen sind sicher sehr dringlich, und ich habe ein gewisses Verständnis für den Antrag von Herrn Wiederkehr, was das Thema betrifft, aber weniger Verständnis für die Prioritäten, die er setzen will. Die Behandlung persönlicher Vorstösse ist sicher notwendig, damit wir die Geschäfte, die in unserem Rat aufgegriffen werden, fristgerecht erledigen können und damit daraus gewisse Ergebnisse entstehen. Trotzdem scheint mir wichtiger zu sein, dass wir in der Sondersession Geschäfte behandeln, die wir einem Abschluss zuführen können. Herr Wiederkehr hat mit einem gewissen Recht gesagt, dass in diesem Rat persönliche Vorstösse zwar behandelt werden, dann aber nach zwei Jahren wiederkehren. Das sollte nicht sein bei Geschäften, für die wir eine Sondersession ansetzen.

Wenn wir die Probleme der Raumplanung und des Bodenmarktes und insbesondere des Bodenrechtes behandeln wollen, dann scheint es mir wichtig zu sein, dass wir das Schlüsselgesetz dazu, das bäuerliche Bodenrecht, in dieser Amtsdauer einem Abschluss zuführen. Es scheint mir falsch zu sein, dieses Gesetz noch später zu behandeln und dem Ständerat damit keine Zeit zur Behandlung vor der Erneuerungswahl dieser Räte mehr zu geben. Wir müssen noch Gelegenheit haben, hier konkrete Ergebnisse zu bringen.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Wiederkehr abzulehnen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Wiederkehr Dagegen	Minderheit offensichtliche Mehrheit
--	--

90.022

### Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen Evénements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

Siehe Seite 324 hiavor – Voir page 324 ci-devant

Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (Puk EMD) vom 17. November 1990 (BBI III, 1293)  
Rapport de la Commission d'enquête parlementaire (CEP DMF) du 17 novembre 1990 (FF III, 1223)

Stellungnahme des Bundesrates vom 23. November 1990 (BBI III, 1585)  
Avis du Conseil fédéral du 23 novembre 1990 (FF III, 1529)

Beschluss des Ständerates vom 29. November 1990  
Décision du Conseil des Etats du 29 novembre 1990

Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

Ad 90.022

### Parlamentarische Initiative (Puk EMD) Oberaufsicht. Delegation beider Räte Initiative parlementaire (CEP DMF) Haute surveillance. Délégation des deux conseils

Wortlaut der Initiative vom 17. November 1990

1. Für die Oberaufsicht über Tätigkeiten der Verwaltung, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen, wird eine besondere Delegation beider Räte geschaffen. Diese soll aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des National- und des Ständerates zusammengesetzt sein. Alle Fraktionen sollen in dieser Delegation vertreten sein. Sie soll das Recht haben, nach Anhörung des Bundesrates Akten beizuziehen, die der Geheimhaltung unterstehen. Beamte können als Auskunftspersonen oder als Zeugen auch über Tatsachen einvernommen werden, die der Amtverschwiegenheit oder der militärischen Geheimhaltungspflicht unterliegen. Mitglieder, Sekretäre und Protokollführer dieser Delegation sind ihrerseits zur Geheimhaltung verpflichtet.

2. Artikel 65 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes soll in dem Sinne geändert werden, dass andere rechtlich geordnete Verfahren nur mit Zustimmung der parlamentarischen Untersuchungskommissionen aufgenommen oder weitergeführt werden dürfen.

Texte de l'initiative du 17 novembre 1990

1. Une délégation spéciale des deux conseils sera créée aux fins d'exercer la haute surveillance parlementaire sur les activités de l'administration soumises à une obligation particulière de maintien du secret. La délégation comprendra un nombre égal de membres du Conseil national et de députés au Conseil des Etats. Tous les groupes doivent également y être représentés. Après avoir entendu le Conseil fédéral, la délégation doit être habilitée à se faire remettre des dossiers secrets. Elle peut également entendre, comme témoins ou comme personnes tenues de renseigner, des fonctionnaires liés par le secret de fonction ou par le secret militaire. Les membres, les secrétaires et les rédacteurs des procès-verbaux de cette délégation sont tenus de garder le secret.

2. L'article 65, alinéa 2 de la loi sur les rapports entre les conseils doit être modifié de manière à ce que d'autres procédures juridiques ne puissent être ouvertes ou poursuivies qu'avec l'accord de la commission d'enquête parlementaire.

## Mitteilungen des Präsidenten

## Communications du président

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2337-2338
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 313

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.